

Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung der AG Perspektive am 11. Februar 2010

Teilnehmer: Frau Bruns
Herr Dr. Dürr
Frau Fendler
Frau Perzul
Herr Dr. Seeber
Herr Wehner

Sitzungsort und –zeit: OKR, Philosophenweg 1, 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

TOP 2:

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 25. Januar 2010 wird einstimmig gebilligt.

TOP 3:

Diskutiert wurde auf der Grundlage der Vorlage von Herrn Dürr zur Entwicklung der Pfarrerdichte in der Kirche in Oldenburg. Dabei wurde nach einer generellen Eingangsdiskussion das Vorgehen gewählt, dass Herr Dürr seine Überlegungen ausführlicher darstellt.

Die Beratung erwies sich als sehr schwierig, weil es sich um eine sehr komplexe Thematik handelt: Die Entwicklung eines neuen Bewertungsmusters für die Verteilung von Pfarrstellen, um auch künftig eine Pfarrergrundversorgung der Gemeinden zu ermöglichen.

Deutlich wurde, dass das bisher gültige Punktesystem (auch in Varianten) nicht fortgeschrieben werden kann, da die demographische Entwicklung in der Pfarrerschaft und in den Gemeinden völlig neue Maßstäbe einer „gerechten“ Besetzungsstrategie erfordert.

Die Überlegungen gehen dabei davon aus, dass es keine gemeindebezogene Zuweisung von Pfarrstellen mehr geben kann, sondern sich die notwendige Verteilung an den Erfordernissen einer regionalen Versorgung zu orientieren hat.

Die AG ist sich darin einig, dass eine Veränderung der Gemeindestrukturen (z.B. durch Zusammenschluß) nicht forciert werden soll. Die AG geht vielmehr davon aus, dass die Gemeindezuschnitte im Wesentlichen so erhalten bleiben. Dies hat den Vorteil, dass zunächst im Rahmen bekannter und gewohnter Rahmenstrukturen gearbeitet werden kann. Allerdings werden sich die Arbeitsinhalte der Pfarrer wie der Ehrenamtlichen in den Gemeinden erheblich wandeln (müssen).

Herr Dürr geht bei seinem „Verteilungsmuster“ davon aus, dass der Faktor „Gemeindegröße“ seine bisherige zentrale Bedeutung verliert. Mit der Poolung wird davon ausgegangen, dass pro Pfarrstelle mit ca. 1.000 Kontaktpersonen zu rechnen ist. Das bezieht sich auf die jeweilige Kerngemeinde und einen Ergänzungspart durch kirchenfernere Personen. Insgesamt sind aber – unabhängig von der Gemeindegröße – nicht mehr Kontakte möglich. Dies ist die wesentliche Voraussetzung für die angedachte Poolbildung bei den Pfarrern. Dabei erfolgt die Zuordnung nach dem „Bestabrechnungsverfahren“, in dem sowohl „weiche Faktoren“ wie Poolzuordnung usw. berücksichtigt werden, wie auch „harte Faktoren“, z.B. durch die Berücksichtigung eines „Flächenfaktors“.

Während der Diskussion wird deutlich, dass es in der Kirche in Oldenburg keine klare Positionierung der „Kernaufgaben von Pfarrern“ gibt (wie dies z.B. für Kirchenbüros inzwischen entwickelt wurde). Solche Festlegungen sind aber dringend erforderlich, um eine gemeindliche Grundversorgung pfarramtlicher Aufgaben sicherzustellen und einer „Versteppung“ von Gemeinden entgegenzuwirken.

Die Berechnung der Entwicklung in der Pfarrerversorgung der Gemeinden nach dem neuen Modell zeigt deutlich, dass in allen sechs Kirchenkreisen mit erheblichen Reduzierungen der Pfarrstellen zu rechnen ist. Die Veränderungen belaufen sich dabei auf Reduzierungen zwischen 22% und über 30% des gegenwärtigen „Pfarrerbestandes“. Diese unterschiedliche Reduzierung zeigt die großen jetzt bestehenden Disparitäten auf. Aus dieser Situation wird auch deutlich, dass mit der Realisierung des neuen Ansatzes zur Pfarrerversorgung nicht mehr lange gewartet werden darf, denn die erforderlichen Umgewöhnungsprozesse bei Pfarrern und in den Gemeinden benötigen auch noch mehrjährige Zeitphasen.

Eine „Verschiebung“ von Funktionspfarrstellen in Gemeindepfarrstellen ist nicht möglich, da der altersbedingte Abbau dieser Stellen insgesamt noch schneller erfolgt als bei den Gemeindepfarrerinnen.

Während der Beratungen wurde auch deutlich, dass diese heute schon erkennbaren Entwicklungen in erheblichem Umfang durch weitere flankierende Maßnahmen begleitet werden müssen. Dazu zählen insbesondere:

- Die Steuerung durch Mittelzuweisungen. Diese Maßnahmen müssen durch den KStB beraten werden. Inhaltlich geht es dabei nicht nur um die Fragen eines neuen Berechnungsschlüssels, sondern auch darum, wem die Mittel zugewiesen werden sollen/können.
- Der Umgang mit Immobilien. Hier ist es erforderlich, die bisherige eher passive Position bei Immobilien aufzugeben und Anforderungen an ein aktives Immobilienmanagement zu entwickeln und umzusetzen. Dazu ist ebenfalls der KStB – und hier insbesondere der Unterausschuß Bauliste- zu aktivieren.
- Zu prüfen ist ebenfalls, in welchem Umfang durch diese Änderungen bestehende rechtssetzende Rahmen verändert werden müssen. Dies ist eine Aufgabe des Ausschusses R und V.

Die Beratungen zu dem Thema konnten nicht abgeschlossen werden und sollen daher auf der nächsten Sitzung der AG am 17. Februar 2010 fortgesetzt werden. Dazu soll auch Frau Lenk eingeladen werden. Herr Wehner und Herr Seeber wollen dennoch bis dahin ein erstes Positionspapier zum künftigen Umgang mit Immobilien vorlegen.

Dr. Jobst Seeber

p.s. Inzwischen hat Frau Lenk ihre Teilnahme an der Sitzung am 17.2. ab 15.00 Uhr zugesagt.

Dem Protokoll ist die von Herrn Zuch erarbeitete zusammenfassende Darstellung des Papiers von Herrn Dürr als Ergänzung beigefügt.